

EXKLUSIV HANDELSBLATT, Montag, 25. Juni 2007, 18:28 Uhr

Arbeitgeber sind euphorisch

Müntefering verlängert Betriebsrenten-Förderung

Von Karl Doemens

Der geballte Protest von Arbeitgebern und Gewerkschaften hatte am Ende Erfolg: Nach jahrelangen Diskussionen über die Zukunft der betrieblichen Altersversorgung ist die Bundesregierung nun entschlossen, die Förderung unverändert über 2009 hinaus fortzusetzen.



Arbeitsminister Müntefering hält das Konzept weiterhin für tragbar. Foto dpa

BERLIN. „Ich habe die Bedingungen für die Fortführung der bisherigen Förderung gründlich geprüft. Ich meine, wir sollten uns für sie entscheiden“, sagte Arbeitsminister Franz Müntefering (SPD) dem Handelsblatt. Zuvor hatte er im Gewerkschaftsrat der SPD nach Teilnehmerangaben überraschend angekündigt, es bleibe alles so, wie es ist.

Seit der Riester-Reform von 2001 können Arbeitnehmer bis zu vier Prozent ihres beitragspflichtigen Einkommens direkt in eine betriebliche Altersvorsorge stecken, ohne darauf Sozialbeiträge entrichten zu müssen. Die Befreiung der so genannten „Entgeltumwandlung“ von den Abgaben ist per Gesetz aber bis Ende 2008 befristet. Lange hatte Müntefering wegen der milliardenschweren Einnahmeausfälle der Renten- und Krankenkassen an dem Auslaufen festgehalten. Im März deutete er erstmals Kompromissbereitschaft an, und im Mai versprach sein Staatssekretär Franz Thönnies, die Förderung werde „nicht ersatzlos“ auslaufen.

Die nun geplante volle Verlängerung der bisherigen Förderung „in Höhe und Form“ ist die weitreichendste aller diskutierten Varianten. Entsprechend euphorisch fiel gestern die Reaktion bei den Arbeitgebern aus: „Wenn es dabei bleibt, ist das ein äußerst positives Signal für die betriebliche Altersversorgung“, sagte Verbandspräsident Dieter Hundt dem Handelsblatt. Nun bestünden „guten Aussichten“, dass sich der Aufschwung dieser Säule fortsetze.

Die Kehrtwende des Sozialministers dürfte durch mehrere Entwicklungen befeuert worden sein. Zunächst hatten sich die Tarif- und die Sozialpolitiker der Gewerkschaften, die in der Frage bislang unterschiedliche Interessen vertraten, auf eine gemeinsame Linie verständigt. Dann warnten DGB-Chef Michael Sommer und Arbeitgeberpräsident Hundt am 12. Juni in einem Brief an Müntefering, der dem Handelsblatt vorliegt, vor einem drohenden Einbruch bei der betrieblichen Altersversorgung: „Dies ist aus sozialpolitischer Sicht nicht hinnehmbar.“ Ihr Hauptargument: Betriebsrentner müssen auf ihre Bezüge anders als die Inhaber von Lebensversicherungen im Alter die vollen Kranken- und Pflegebeiträge entrichten. Bei einem Wegfall der Förderung in der Ansparphase wäre dieser von der Politik gewollte Vorsorgeweg nicht mehr konkurrenzfähig.

Lesen Sie weiter auf Seite 2: Alternative erwies sich als zu kompliziert

Gleichzeitig gab es erhebliche Bewegung im Lager der Union, wo sich vor allem Rentenexperte Peter Weiß (CDU) für eine Verlängerung der Abgabefreiheit stark macht. Inzwischen unterstützen sämtliche Arbeitsgruppen der Unionsfraktion diese Forderung. Zwar hatte das unionsregierte Nordrhein-Westfalen im Bundesrat bislang nur die Befreiung der Altersvorsorge von den Rentenbeiträgen gefordert. Doch zeichnete sich ab, dass Bayern und Baden-Württemberg die Initiative in der Länderkammer auf die volle Förderung ausdehnen wollten.

Dieser Initiative kommt Müntefering nun zuvor und hält das Heft des Handelns in der Hand. Dies ist auch angesichts der für Mittwoch erwarteten Veröffentlichung erster Ergebnisse einer Studie über die Verbreitung der Altersvorsorge wichtig, die möglicherweise gerade den unteren Lohngruppen mangelnde Rücklagen attestieren wird. „Ich bin hocherfreut über den Sinneswandel des Ministers“, kommentierte Weiß gestern die überraschende Nachricht. Nach seiner Beobachtung hat es in den vergangenen Wochen in den Koalitionsfraktionen „eine deutliche Trendwende“ zugunsten der betrieblichen Altersversorgung auch in den Koalitionsfraktionen gegeben.

Tatsächlich favorisierten die SPD-Experten zwischenzeitlich ein Modell, bei dem der Arbeitnehmer sich die Sozialabgaben über die Steuer hätte zurückholen können. Doch erwies sich dies als zu kompliziert und teuer für die Staatskasse.

Die Verlängerung der Beitragsfreiheit wird Müntefering freilich Ärger mit seiner Kabinettskollegin Ulla Schmidt (SPD) beschern. Eine weitere Befreiung der Vorsorgesparer von den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen sei nicht sinnvoll, hatte es zuletzt in ihrem Haus geheißen. Die Bundesregierung beziffert die aktuellen Beitragsausfälle durch die Förderung für sämtliche Sozialsysteme auf 2,4 Mrd. Euro. Allerdings hegen Experten wie der Mannheimer Ökonom Axel Börsch-Supan ernste Zweifel, dass diese Gelder durch eine Beendigung der Beitragsfreiheit wieder fließen würden. Vielmehr hatten sie vor erheblichen Ausweichreaktionen der Beschäftigten und ihrer Betriebe gewarnt.

Informationen zur Zeitverzögerung und Nutzungshinweise:

Die in Handelsblatt.com veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen sind mit größter Sorgfalt recherchiert. Nachrichten und Artikel beruhen teilweise auf Meldungen der Nachrichtenagenturen AP, dpa, sid, Reuters und Dow Jones. Dennoch können weder die Verlagsgruppe Handelsblatt, noch deren Lieferanten für die Richtigkeit eine Gewähr übernehmen. Das Handelsblatt weist ausdrücklich darauf hin, dass die veröffentlichten Artikel, Daten und Prognosen keine Aufforderung zum Kauf oder Verkauf von Wertpapieren oder Rechten darstellen. Sie ersetzen auch nicht eine fachliche Beratung. Die Verlagsgruppe Handelsblatt versichert zudem, dass persönliche Kundendaten mit größter Sorgfalt behandelt und nicht ohne Zustimmung der Betroffenen an Dritte weitergegeben werden. Alle Rechte vorbehalten.

Währungsdaten sowie die Kurse von Lang & Schwarz werden soweit technisch möglich ohne Zeitverzögerung angeboten. Andere Börsenkurse werden zeitverzögert um mindestens folgende Zeitspannen angezeigt: Deutsche Börse AG 15 Min., Börse Stuttgart AG 15 Min., AMEX 20 Min., NASDAQ 15 Min., NYSE 20 Min.

Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung des Verlages ist untersagt.

All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.